

# Zeitung



# Zeitung

15 Pfennig

Gebrüder

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt viermal). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitsbilder“. Sonstige Beilagen: „Musikblatt“ — „Recht und Leben“ — „Umschau in Technik und Wirtschaft“ — „Für Reise und Wanderung“ — „Literarische Umschau“.

Wöchentlich 1,20 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orsten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, nm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen nm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ulstein & Co. Oberkasseler: Graf Bernhard von Veranin. Red. (im Anm. d. Handelt.): LV. Dr. Georg Morigelaa, Berlin. Uavert. Mannskr. werd. nur zurückgesandt, wenn Porto beill.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein & Co. Anm. Dinsdorf 9656—5668. Telegramm-Nr. für den Fernverkehr Anm. Dinsdorf 9656—5668. Telegrafm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Bemühungen um die Große Koalition

Das Ergebnis der Bemühungen b:im Kanzler / Mißbilligung des deutschnationalen Vorgehens „Sie haben sich selbst aus der Regierung ausgeschlossen“ / Initiative der Regierungsparteien.

### Das offizielle Communiqué

Nach keine Einberufung des Reichstages

Berlin, 3. November (W. L. B.)

Heute fand unter Vorsitz des Reichstanzlers, sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Graf v. Helldorf und Dr. Trepsen ein in die Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertretungsmandate vertretenen Parteien statt. An der Aussprache nahmen teil: von der Zentrumspartei die Abgeordneten Heßlerbach, Marx und Eggemann; von der Deutschen Volkspartei die Hlbgg. Dr. Göbel, Dr. Curtius und Kempke; von der Bayerischen Volkspartei der Hlbg. Leitz.

Die eingehende Erörterung ergab eine allgemeine Übereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien stimmten mit der Regierungspartei darüber ein, daß die Schaffung der Grundlagen für die zukünftige Entscheidung über das Wert von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle anderen Fragen jetzt zurücktreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung. Es herrschte allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationalen Parteien, deren vorwichtiges Bestreben es die deutschnationalen Interessen wahren und die deutschnationalen Interessen wahren nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat.

Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstages im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand in Bezug auf das Wert von Locarno und seine Auswirkungen den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann.

In dem amlichen Bericht über den Verlauf der gestrigen Besprechung zeigten den Reichstanzler und die parlamentarischen Mitglieder des Kabinetts Luther und den Führer der in der Regierung vertretenen Parteien fällt der Satz auf, in dem die Mißbilligung des Verhaltens der Deutschnationalen ausgesprochen und gleichzeitig festgestellt wird, daß die Deutschnationalen trotz der hohen Zustimmung der weiteren Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen haben. Das ist eine Abkehr von der Rechtschaffenheit, deren öffentliche Verbindung eine Selbstverständlichkeit war, mit der aber der Kanzler und die Deutsche Volkspartei während der Verhandlungen haben. Schon durch diesen einen Satz in dem offiziellen Communiqué ergibt die unpolitische Situation ein neues Gefühl, werden die Verhandlungen über eine neue Wehrstaftabildung im Reichstag weitgehend erleichtert.

Das für die Lösung der innerpolitischen Krise, die durch das Ausbringen der Deutschnationalen aus Regierung und Reichstagsmehrheit hervorgerufen worden ist, so sehr erleichtert, was die Erfahrungen in den Parteien der letzten, daß das Reichstag auflösen wollen die Parteien und den Deutschnationalen Recht ist, daß die Verhandlungen der Parteien nicht gescheitert. Sie waren bereit und sind es auch heute, aus voller Überzeugung für den Vertrag von Locarno zu stimmen, wenn im Hinblick das dahin die bekannten Voraussetzungen geschaffen sind. Aber sie fordern mit Recht Garantien dafür, daß nicht nach der Beendigung des Vertrages von Locarno die deutschnationalen, sich aufzunehmend wieder auf der Regierungskonferenz erscheinen und der alte Kurs fortgesetzt werden würde.

Die Feststellung der Regierungsunfähigkeit der Deutschnationalen, in der sich das Kabinett Luther und die Regierungsparteien angefinden vollkommen einig ge-

### Ohne die Sozialisten

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Paris, 3. November

Das Kabinett Painlevé ist trotz der Abgabe der Sozialisten vor das Parlament getreten. Kabinett und Senat trafen heute um 3 Uhr zusammen, um die Programmierung der Regierung, die in der Kammer durch den Ministerpräsidenten und im Senat durch den Justizminister beraten wurde, entgegenzunehmen. Die sozialistische Fraktion der Kammer hatte beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Programmvotum für das neue Kabinett der Stimme zu enthalten.

Bei der Abstimmung wurde mit 221 gegen 189 Stimmen eine von den Radikalen und sozialistischen Republikanern beantragte Tagesordnung angenommen, welche folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut auf sie, daß sie in Übereinstimmung mit der republikanischen Wehrzeit der Kammer die Politik des Friedens und der finanziellen Ordnung fortsetze, und geht zur Tagesordnung über.“

171 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten.

Es ist im Augenblick noch nicht bekannt, ob das Kabinett Painlevé zurücktritt oder trotz seiner schwachen Wehrzeit verbleiben will, weiter zu regieren. Painlevé selbst geäußert haben, er werde nur zurücktreten, falls eine Wehrzeit 15h fürze. Man glaubt aber nicht, daß die entscheidenden Parteiführer Minister diese Politik mitmachen werden.

\*

Die vier Wochen sehr umfangreiche Erklärung beginnt mit der Behauptung, daß das neue Kabinett „das allgemeine Interesse des Landes“ über alles stellt und sich bemühen wird, eine „Regierung der sofortigen Reaktivierung“ zu sein. Die Erklärung bezieht sich das Finanzproblem als die dringende Frage des Augenblicks und bemerkt dazu wörtlich: „Man darf den Ernst der Lage aber nicht übersehen. Frankreich mit seinen bewundernswerten Hülfswerten, dieses, endlich wieder in seiner Integrität hergestellte Frankreich, kann Vertrauen zu seiner Zukunft haben. Sein Wohlergehen hängt von ihm selber ab. Es handelt sich um eine Weltfrage.“ Die Regierung wird diesen Willen, diesen Satz von Wort dem Lande abzurufen, selbst wenn sie Gefahr laufen sollte, darüber unpopulär zu werden.“

Das sozialistische Programm wird nach in folgender Weise charakterisiert: Defizit oder im Budget vorgesehenen Ausgaben ohne Inflation, ohne Anleihe oder sonstige Aufschubmittel, ausschließlich durch den Betrag von Steuern. Amortisierung der inneren Schuld durch Verbesserung „der Formen des Reichturns“, völlige Unabhängigkeit der zu diesem Zweck geschlossenen Amortisationsanstalt.

wesen sind, verringert dieses Mißtrauen sehr erheblich, schafft eine ganz neue Atmosphäre für die kommenden Verhandlungen, und darum ist sie sicher nicht wertlos. Es ist aber, wenn man das offizielle Communiqué richtig liest, getrennt von dem einzigen politischen Ergebnis der Verhandlungen, welche eine frühere Einberufung des Reichstages ist nicht in Aussicht genommen. Es scheint auch Einverständnis darüber erzielt worden zu sein, daß die innerpolitische Neuorientierung erst bewirkt werden sollte nach der parlamentarischen Verhandlung des Reichstages.

Die Erklärung führt fort, die Stabilisierung des Frankenwertes sei nur möglich, wenn eine Schuldenerklärung mit England und Amerika zustande kommt. Die Regierung werde deshalb die Verhandlungen mit London und Washington „erschließen und mit dem Willen zu einer gerechten Lösung“ fortsetzen.

Es folgt die Behauptung, daß die geplante Festlegung des Reichturns nicht gegen einen bestimmten Art der Station getrieben ist und keinerlei Ausgrenzung zeigt. Die Regierung fordert vielmehr alle Franzosen ohne Unterschied auf, an dem Generalerwerb teilzunehmen und bekennt sich entgegen nur abzugeben, welche sich ihrer Pflicht entziehen wollen.

Die Erklärung verpricht besondere Begünstigung der Kriegsopfer-Hilfsmittel und der Bemühen des Wiederanbaubetriebes. Es verspricht weiter Unterstützung der Sozialistischen Bewegung in England, Stabilisierung der internationalen Situation über die Arbeiterschaft, Organisation der Einzelhändler, Streikverbot auf der Grundlage der einjährigen Dienstzeit, Rückkehr zum alten Wahlrecht.

Der dann folgende Absatz der Erklärung behandelt Marocco. Es wird verheißen, daß dort jede Gefahr beseitigt und eine solide Ordnung im Beliz der Franzosen, Belgier, Italiener und Spanier getroffen wird. Die Erklärung fordert die „Frieden des Zusammenwirkens und der Autonomie im Rahmen der Verträge“, vorausgesetzt, daß die Riformatorien einen derartigen Frieden ermöglichen wollen.

Die Erklärung bezieht weiter die jüdischen Ereignisse als „Ergebnis der gleichen Vorkriegssituation, die von China bis nach Marocco hin zu führen ist.“ Sie kündigt an, daß eine Untersuchung über die tatsächlichen Verhältnisse in Syrien angeordnet ist, und verpricht die baldige Ernennung eines Zivilkommissars.

Der letzte Teil der Erklärung behandelt die internationale Politik Frankreichs, welche als „Politik des europäischen Friedens“ charakterisiert wird. Es heißt da wörtlich: „Wenn Europa in seinen Möglichkeiten und in seinem Maß verharret, ist es zum Untergang verurteilt. Ein tiefes Geben nach dem Frieden, nach der Völkerverständigung ist vor allem in den Ergebnissen der letzten Wahl in Frankreich zum Ausdruck gekommen.“ Frankreich ist auf der Suche nach der Sicherheit aller Nationen voranzugehen, objektiv es nicht möglich ist und noch nicht außer Gefahr ist. Die Atmosphäre unter allen Kontinenten erleidet dadurch gereinigt. Die Schwierigkeiten unter den Völkern sind gewiß noch nicht beseitigt, aber die Wehr lösen endlich einen Ausgang. Die Wege des Friedens sind geöffnet.“

Die Erklärung schließt dann mit den Worten: „Sie können, meine Herren, das Vertrauen haben, daß der Staatsmann, welcher den Vertrag von Locarno zustande brachte, auch alle Friede haben einzubringen weiß. Die äußere Politik, welche solche Ergebnisse gezeitigt hat, ist unerschütterlich in Frankreich nicht ohne Kampf. Seine Satz die gesamte Bevölkerung mit einer Partei. Sie werden heute auf der Zustimmung der riesigen Wehrzeit der französischen Völker. Wir haben den Wunsch, daß auf allen Gebieten eine klare, verständliche und direkte Politik, welche sich das Land von einer Partei republikanischer Partei geteilt wird, als vom guten Willen befehlen Menschen als Anhänger gewinnt.“

(Siehe auch vierte Seite)

Trages von Locarno. Reichstanzler Dr. Luther hat sich der Verantwortung nicht billig verschrieben, daß schon vorher klare Vereinbarungen über die Koalitionen- und Wehrstaftabildung im Reichstago sowie über die Umwandlung der Wehrregierung getroffen werden müssen. Er hat deswegen die gestrige Besprechung mit den Regierungsparteien veranlaßt. Damit aber nur seine Initiative erlöschte, hat er, wenn wir recht unterrichtet sind, erklärt, von sich aus keine bestimmten Vorschläge gemacht, sondern sich darauf beschränkt, die Auffassungen der Fraktionen